



Hamburg: Asylantenheim im Villenviertel



Es sind die feinsten und teuersten Adressen der Hansestadt Hamburg, die schneien Straßen im Villenviertel Harvestehude, unmittelbar an der Außenalster und nah an der Innenstadt gelegen. Das Durchschnittseinkommen liegt hier bei über 70.000 Euro. Wer hier wohnt, der hat den gesellschaftlichen Aufstieg geschafft.

(Von Hinnerk Grote)

Doch geht es nach dem SPD-Senat unter dem Ersten Bürgermeister Olaf Scholz, so werden hier auch bald diejenigen wohnen, die es nur irgendwie nach Deutschland geschafft haben. Denn inmitten dieses Villenviertels liegt das alte, nicht mehr genutzte Kreiswehrrersatzamt, das nun zur Erstunterkunft für sogenannte „Flüchtlinge“ umfunktioniert werden soll.

Um 220 „Flüchtlingen“ diese Unterkunft in allerbesten Lage bieten zu können, will der Senat rund 20 Millionen Euro aufwenden. Nach entsprechenden Erfahrungen mit anderen Projekten des Hamburger Senats (z.B. Elbphilharmonie, Neubau

der Stadtentwicklungsbehörde, Gartenschau) dürften es dann wohl real 100 Millionen oder mehr werden, also ungefähr der Wert eines schicken Einfamilienhauses pro Flüchtling.

Dass sich hiergegen auch in der sich selbst als weltoffen betrachtenden und zu über 20% grün wählenden Harvestehuder „Wohnelite“ Widerstand regt, war zu erwarten.

„SPON“ schreibt dazu:

„Da gibt's doch keine Diskussion drüber“

Die Zahl der Asylanträge steigt, Politiker drängen darauf, vor allem Menschen aus Syrien aufzunehmen. In der bayerischen Provinz, in Berlin, immer wieder kommt es zu Protesten von Bürgern, die sich um ihre Behaglichkeit sorgen, nicht selten angeführt von Rechten, die Ängste schüren und Fremdenhass verbreiten.

Für Bezirksamtsleiter Torsten Sevecke kam es nicht überraschend, dass sich unter den Stuckdecken Widerstand regte. Der Unterschied zwischen den Flüchtlingen und ihren Nachbarn könnte größer kaum sein. Die Frage, warum ausgerechnet hier eine Unterkunft aufgemacht werden sollte, kontert er mit einer Gegenfrage: „Warum nicht?“

Seit dem Jahr 2013 werde man „von Flüchtlingen überrollt“, im vergangenen Jahr aber lag der Bezirk Eimsbüttel, zu dem Harvestehude gehört, mit der Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge im städtischen Vergleich auf dem letzten Platz.

Sechs neue Flüchtlingsheime sind seither im Bezirk entstanden. Eines mitten in der Stadt soll jetzt folgen: in Harvestehude. „Weil wir natürlich unseren Beitrag für die Unterbringung von Flüchtlingen leisten müssen“, sagt Sevecke. „Da gibt's doch keine Diskussion drüber.“

Gibt es doch. Dirk Kessemeier etwa, Anwohner und Investor, findet den Standort unpassend. Er nennt die Investitionen der

Stadt in Höhe von rund 20 Millionen Euro geradezu „unsozial“.

Das Flüchtlingsheim als Luxusobjekt?

Die Stadt Hamburg hat das Gebäude für rund 15 Millionen Euro dem Bund abgekauft. Für den Umbau der Büros zu Wohnräumen und den weiteren Ausbau werden zusätzlich vier Millionen Euro veranschlagt. Damit ist laut Bezirk ein EU-Schwellenwert überschritten, eine europaweite Bekanntmachung der Ausschreibung der Planungsleistungen wird notwendig. Deshalb sollen die Flüchtlinge frühestens Mitte des kommenden Jahres und nicht, wie zunächst geplant, Ende 2014 einziehen. Die Opposition sieht dagegen einen ganz anderen Grund hinter der Verzögerung: So werde das Heim erst nach den Bürgerschaftswahlen im Frühjahr 2015 fertig, Bürgermeister Scholz müsse nicht fürchten, dass es ihn Wählerstimmen koste.

Das Gebäude wird dann für zehn Jahre an „Fördern + Wohnen“ vermietet, eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die für die Betreuung der Flüchtlinge und Verwaltung der Unterkunft sorgen soll.

Kessemeier sagt, für den gleichen Betrag könne man andernorts tausend Flüchtlinge unterbringen: „Wenn das Schiff untergeht, fängt man ja auch nicht an und gibt 200 Leuten ein schnittiges Motorboot und die anderen sitzen auf einem Holzring und ertrinken.“ Sprich: Das Flüchtlingsheim in Toplage sei ein überflüssiges Luxusobjekt.

Die Integration steht im Vordergrund

Für Bezirksamtsleiter Sevecke ist die Unterbringung von mehr Flüchtlingen an einem möglicherweise günstigeren Ort keine Option. An der Sophienterrasse sollen hauptsächlich Familien einziehen, die schon mindestens drei Monate in Deutschland leben und auch Aussicht darauf haben, bleiben zu dürfen. Die Integration der Menschen stehe im Vordergrund: „Wenn sie eine Massenunterkunft mit tausend Leuten haben, in einem Gewerbegebiet, dann ist das zwar für den Rest der 1,8

Millionen nicht sichtbar, aber an der Stelle ballen sich Probleme. Das kann man doch nicht verantworten.“

Kessemeier aber will das nicht gelten lassen. Im noblen Harvestehude könne es schließlich für die Flüchtlinge ebenso schwer werden: „Jetzt setzt du die zwischen lauter Porsche und gibst denen 300 oder 400 Euro. Damit können die in dem Umfeld gar nichts kaufen.“ Supermärkte in unmittelbarer Nähe seien zu teuer, der Weg zu günstigeren Alternativen zu weit.

Doch aus Sicht der Behörden ist der Standort sehr wohl geeignet: Es zählen Faktoren wie die Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel, die Laufentfernung zu Einkaufsmöglichkeiten und der Sozialindex des Umfelds, der unauffällig sein sollte. Zum Beispiel muss der Ausländeranteil durchschnittlich hoch sein. All das ist bei der Sophienterrasse 1a gegeben.

Nun mag man sich als politisch nicht ganz so korrekt tickender Mensch darüber freuen, dass endlich auch mal der „Rotweingürtel“ mit der immer weiter ausufernden „Flüchtlingspolitik“ der Bundesregierung konfrontiert wird. Darüber, dass nun diejenigen ihre eigene Medizin zu schmecken bekommen, die sie den weniger wohlhabenden Bezirken der Stadt immer und immer wieder verordnet haben. Diejenigen, die gern jeden Asylbetrüger aufnehmen möchten, aber doch bitte nicht in ihrer Nähe, weil sie genau wissen, welche Probleme damit verbunden sind. Diejenigen, die nicht wollen, dass ihre Kinder von Drogendealern angefixt, ihre Frauen von triebgesteuerten Mohammedanern belästigt oder gar sie selbst von tickenden Zeitbomben totgetreten werden. Diese Probleme möchten sie doch lieber weit weg von ihren Luxuseigenheimen, in Wilhelmsburg, auf der Veddel, in Steilshoop, Mümmelmannsberg oder Harburg, abladen.

Doch die Freude über die „Bereicherung der Reichen“ kann nur von kurzer Dauer sein. Zeigen uns die derzeitigen Zustände

doch, dass durch die ungesteuerte und ungebremste Zuwanderung manche einkommensschwächeren Stadtteile schon völlig überfremdet sind und der Senat nun angesichts der Massen an „Flüchtlingen“, die ungehindert nach Hamburg strömen, offenbar keinen anderen Ausweg mehr sieht, als die ungebetenen Gäste auch in den besseren Vierteln einzuquartieren.

Was hier aber auch nicht verschwiegen werden soll: Es hat sich im reichen Harvestehude ein „Flüchtlingshilfeverein“ ([Bild 8 von 9 zum SPON-Artikel](#)) aus anscheinend unverbesserlichen Mitvierzigerinnen gebildet. Offenbar Frauen, die sich statt eines eigenen deutschen Kindes, für das es leider zu spät ist, nun einen eigenen „Flüchtling“ zum Bemuttern oder wofür auch immer wünschen. Doch diese fehlgesteuerten Frauen sind nur ein kleiner Teil des Problems, auch wenn sie mit Kräften und ihrem Wahlschein für dessen Fortbestehen sorgen.

Angesichts der Tatsache, dass nur knapp drei Prozent der Asylbewerber als asylberechtigt anerkannt werden, jedoch fast alle weiterhin mit einer „Duldung“ hier leben dürfen, liegt das Grundproblem ganz offensichtlich bei unseren Ausländerbehörden und beim Gesetzgeber. Und soweit internationale Verträge uns verpflichten sollten, jeden aufzunehmen und zu verköstigen, der hier nach Aufnahme schreit, sollten wir ihm keine Luxusvilla bieten, sondern ein Flüchtlingslager. Kein Hartz IV, sondern ein Bett, Essen und Trinken. Sicherlich medizinische Versorgung, das gebietet die Menschlichkeit, jedoch auf unbedingt erforderliche Hilfe begrenzt. Keine Luxuszahnsanierung, sondern Schmerzbehandlung. Usw. usf. Und jeder, der in seiner Heimat wirklich verfolgt wird, wäre glücklich darüber, dies alles hier zu erhalten. Wem das nicht reicht oder nicht gefällt, der bekommt ein One-Way-Ticket in seine Heimat. So einfach ist das. Und welche Verträge sollten uns zwingen, es anders zu handhaben?

Die Zahl an in Deutschland Aufnahme begehrenden „Flüchtlingen“ wäre bei entsprechender Durchführung sicher in kürzester Zeit rückläufig. Womit dann auch den Hunderten von wohnungslosen

Deutschen, die es traurigerweise in einer so reichen Stadt wie Hamburg gibt, vielleicht zu einer Bleibe verholfen werden könnte. Denen wurde jedenfalls bislang noch niemals eine Unterkunft im feinen Harvestehude angeboten. Doch für „Flüchtlinge“ und Asylbetrüger ist dem Hamburger Senat offenbar nichts gut und teuer genug. Deutsche interessieren hier niemanden mehr. Und deutsche Interessen schon gar nicht.

Die Wahlergebnisse der letzten Bürgerschaftswahl im Hamburger Wahlkreis 5 (Rotherbaum-Harvestehude-Eimsbüttel-Ost) sind übrigens [bei Wikipedia nachzulesen](#). Sie wollen es doch gar nicht anders. Dann müssen eben auch sie mit den Konsequenzen leben.